

Stellungnahme von Pax Christi Österreich zur Vorgangsweise staatlicher Behörden gegen TierschützerInnen

Pax Christi Österreich, die österreichische Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi, betrachtet die Achtung der Menschenrechte und die Verantwortung für die Schöpfung als wichtige Voraussetzungen eines gerechten Friedens. Die österreichische Sektion von Pax Christi kritisiert deshalb das nach derzeitigem Wissensstand unverhältnismäßig drastische und brutale Vorgehen staatlicher Behörden gegen Tierschützerinnen und Tierschützer von Ende Mai 2008.

Zehn TierschützerInnen sind seit einem Monat inhaftiert. Ihnen wird nach Paragraph 278a ("Anti-Mafia-Paragraph") des Österreichischen Strafgesetzbuches zur Last gelegt, einer kriminellen Organisation anzugehören. Mit Amnesty International weisen wir darauf hin, dass der genannte Paragraph auf schwerwiegende Verbrechen mit der Absicht auf Gewinnmaximierung abzielt (Menschenhandel, Geldwäsche, Terrorismus, Waffenhandel, Rauschgifthandel, etc.). Seine Anwendung auf Tierschutzorganisationen kommt einer Einschüchterung und Beeinträchtigung aller zivilgesellschaftlichen Organisationen und Aktivitäten gleich.

Wir betrachten das Vorgehen der staatlichen Behörden im vorliegenden Fall als menschenrechtlich bedenklich und als Gefährdung des innerstaatlichen Friedens. Wir fordern die zuständigen MinisterInnen Platter und Berger auf, ihr beharrliches Schweigen zu beenden und das kafkaesk anmutende Vorgehen der Behörden aufzuklären.

Linz, den 24. Juni 2008

Für den Vorstand von Pax Christi Österreich

Univ. Prof. Dr. Kurt Remele
Vizepräsident Pax Christi Österreich

Mag.a Gotlind Hammerer
Vizepräsidentin Pax Christi Österreich